

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(17. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Willi Brase, Jörg Tauss, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Grietje Bettin, Dr. Thea Dückert, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/1090 –**

Lasten gerecht verteilen – Mehr Unternehmen für Ausbildung gewinnen

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Katherina Reiche, Thomas Rachel, Dr. Maria Böhmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/925 –**

Ausbildungsplatzabgabe zerstört Ausbildungsmotivation

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Christoph Hartmann (Homburg), Ulrike Flach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1130 –**

Ausbildung belohnen statt bestrafen – Ausbildungsplätze in Betrieben schaffen statt Warteschleifen finanzieren

A. Problem

Die Bundesregierung und die Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag planen unter bestimmten Bedingungen gesetzliche Regelungen einzuführen, die die Kosten der Berufsausbildung zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben gerecht verteilen und neue betriebliche Ausbildungsplätze schaffen sollen. Die Oppositionsfractionen im Deutschen Bundestag lehnen dagegen eine Ausbildungsplatzabgabe durch nicht ausbildende Betriebe ab.

B. Lösung

1. **Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1090 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
2. **Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/925 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**
3. **Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1130 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der CDU/CSU**

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/925 – und/oder des Antrags der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1130.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 15/1090 anzunehmen;
2. den Antrag auf Drucksache 15/925 abzulehnen;
3. den Antrag auf Drucksache 15/1130 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2003

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende

Ernst Küchler
Berichterstatter

Werner Lensing
Berichterstatter

Grietje Bettin
Berichterstatterin

Cornelia Pieper
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ernst Küchler, Werner Lensing, Grietje Bettin und Cornelia Pieper

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat alle drei Vorlagen in seiner 48. Sitzung am 5. Juni 2003 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an die Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen. Die Anträge auf Drucksachen 15/925 und 15/1130 wurden außerdem an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen in ihrem Antrag – Drucksache 15/1090 – fest, dass die Verantwortung für die berufliche Bildung vor allem bei den Unternehmen der Wirtschaft liegt. Es sei aber ein Trend zur Verlagerung der Verantwortung und der Kosten für die Berufsausbildung von den Unternehmen auf den Staat festzustellen. Diese Entwicklung unterhöhle das duale System. An die Wirtschaft wird appelliert, mehr Unternehmen für die Ausbildung junger Menschen zu gewinnen und einen fairen Kostenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben zu organisieren. Für den Fall, dass es der Wirtschaft nicht gelingen sollte, eine freiwillige und verbindliche Regelung zu treffen, würde der Gesetzgeber in der Pflicht stehen, umgehend eine gesetzliche Regelung in Kraft zu setzen, die darauf ziele, die Lasten gerecht zu verteilen und neue betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen.
2. Die Fraktion der CDU/CSU lehnt in ihrem Antrag – Drucksache 15/925 – eine Ausbildungsplatzabgabe ab. Das duale Berufsausbildungssystem würde dadurch unterhöhlt, und es entstünden letztendlich vor allem außerbetriebliche Lehrstellen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, verschiedene Maßnahmen durchzuführen, um günstigere Bedingungen für die Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze zu schaffen, z. B. Ausbildungshemmnisse abzubauen, die Ausbildungsordnungen zu modernisieren, die Lohnnebenkosten zu senken und eine wachstumsorientierte Steuer- und Finanzpolitik zu betreiben.
3. Die Fraktion der FDP bezeichnet in ihrem Antrag – Drucksache 15/1130 – die derzeitige dramatische Lage auf dem Ausbildungsmarkt als das Ergebnis einer verfehlten Wirtschafts-, Konjunktur- und Ausbildungspolitik der Bundesregierung. Der von der Bundesregierung geplanten Zwangsabgabe der Unternehmen, die nicht ausbilden, wird eine klare Absage erteilt. Diese Unternehmen handelten in der Regel nicht aus bösem Willen, sondern ständen in einer wirtschaftlichen Situation, die ihnen keine Ausbildung erlaube und die evtl. auch keine zusätzliche Belastung durch eine Ausbildungsplatzabgabe ertragen könnten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, u. a. ein Sofortprogramm „Neue Ausbildungsplätze in kleinen und mittleren Betrieben“ aufzulegen und darin zusätzliche

Ausbildungsplätze mit einer Prämie von 3 500 Euro zu vergüten, deren Gegenfinanzierung ausschließlich durch ein entsprechendes Zurückfahren des Jump-Programms erfolgen sollte.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Die beiden mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Zu Nummer 2

In den mitberatenden Ausschüssen haben jeweils die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für und die Fraktion der CDU/CSU gegen die Ablehnung der Vorlage votiert. Die Fraktion der FDP hat sich in den Ausschüssen für Wirtschaft und Arbeit sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Stimme enthalten und im Ausschuss für Tourismus gegen die Ablehnung des Antrags gestimmt.

Zu Nummer 3

Die Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit sowie für Tourismus haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, die Vorlage abzulehnen. Im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich die Fraktion der CDU/CSU nicht der Stimme enthalten, sondern für die Annahme des Antrags gestimmt, die übrigen Fraktionen haben wie in den beiden anderen mitberatenden Ausschüssen votiert.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/1090 – in seiner 14. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.
2. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/925 – in seiner 14. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.
3. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag der Fraktion der FDP

– Drucksache 15/1130 – in seiner 14. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird festgestellt, dass Einigkeit im Ausschuss bestehe bezüglich der Einschätzung der Lage auf dem Lehrstellenmarkt, der Beibehaltung des dualen Ausbildungssystems und der Verantwortung der Wirtschaft für die berufliche Ausbildung. Die Wirtschaft würde aber ihrer Verpflichtung derzeit nicht nachkommen, während der staatliche Finanzierungsanteil an der Ausbildung anwachse. Die Lasten für die betriebliche Ausbildung würden auf immer weniger Betriebe verteilt. Diese Entwicklung müsse sich ändern. Es wird deshalb erwartet, dass die Wirtschaft bis Ende September 2003 nachweist, dass sie die in diesem Jahr notwendige Anzahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellt. Sollte dies nicht gelingen, würde die Wirtschaft eine weitere Chance erhalten, nämlich bis zum Ende des Jahres verbindliche Modelle zu entwickeln, mit denen ein Ausgleich zwischen den ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben geschaffen werden könne. Sollte auch dies nicht gelingen, müssten letztendlich gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Verantwortung der Wirtschaft für die Ausbildungsplätze sicherzustellen und einen fairen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben zu erreichen.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird erklärt, dass sie die Argumentation der Regierungsfractionen für eine Ausbildungsplatzabgabe nicht für überzeugend halte. Schon die Androhung einer solchen Abgabe sei vom Grundsatz her kontraproduktiv. Es bestehe auch die Gefahr, dass sich finanzstarke Unternehmen durch eine solche Abgabe ganz aus der Berufsausbildung verabschieden könnten. Auch sollte berücksichtigt werden, dass sich für Betriebe eine Ausbildung erst dann lohne, wenn die Ausgebildeten nach dem Abschluss ihre Ausbildung im eigenen Betrieb eingesetzt werden können. Dies könnte im Wesentlichen durch ein größeres Wirtschaftswachstum verwirklicht werden. Der Vorschlag der Regierungsfractionen, eine bestimmte Ausbildungsquote zum Maßstab für eine Ausbildungsabgabe zu machen, verlange einen bürokratischen Aufwand, der einen Großteil des Abgabeaufkommens beanspruchen würde. Im Übrigen sei in einigen Bereichen die Vergütung der Auszubildenden heute zu hoch, was sich auf die Möglichkeit und Bereitschaft der Betriebe, Ausbildungsplätze zu schaffen, negativ auswirke.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird darauf hingewiesen, dass von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Projekt angekündigt worden sei, mit dem betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden könnten. Durch eine „Stiftung Betriebliche Bildungschance (StiBB)“ sollen die gesellschaftlichen Ressourcen für mehr Ausbildung aktiviert und gebündelt werden. Betriebe, die über ihren Bedarf hinaus ausbilden, sollen durch die Mittel dieser Stiftung entlastet werden. Alle Unternehmen sollen gleichmäßig an den Kosten der betrieblichen Ausbildung beteiligt werden. Die von der Fraktion der FDP vorgeschlagene Prämie für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze würde nur einen Mitnahmeeffekt bewirken. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU gehe von der falschen Definition des Begriffs der so genannten Ausbildungsabgabe aus. Die Fraktion der CDU/CSU unterstelle, dass durch die Ausbildungsabgabe nur außerbetriebliche Ausbildungen finanziert werden. Dies solle gerade mit dem genannten Stiftungsmodell nicht geschehen. Die Stiftung wolle mit ihren Mitteln ausbildende Betriebe entlasten und die Schaffung weiterer betrieblicher Ausbildungsplätze fördern. Ziel sei es, die Lasten der Ausbildung zwischen den Betrieben gerecht zu verteilen. Allerdings sollte auch die außerbetriebliche Ausbildung nicht als zweitklassig angesehen werden. Ein Blick in andere europäische Länder zeige, dass auch eine außerbetriebliche Ausbildung gute Erfolge zeigen könnte.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird begrüßt, dass die Bundesregierung die Steuerreform auf das Jahr 2004 vorziehen wolle. Dies sei der richtige Weg um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und die kleinen und mittleren Unternehmen zu entlasten. Die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene Stiftung soll durch eine allgemeine Abgabe der Betriebe in Höhe von 0,3 % der Lohn- und Gehaltssumme finanziert werden. Dadurch würden die Lohnnebenkosten erhöht. Die Betriebskosten würden somit erhöht und nicht – wie erforderlich – gesenkt. Dies sei nicht der richtige Weg, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Fraktion der FDP schlage alternativ vor, zusätzliche Ausbildungsplätze mit einer Prämie zu vergüten. Die Aufwendungen für diese Prämie sollen durch ein entsprechendes Zurückfahren des Jump-Programms finanziert werden.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird der Vorschlag der Fraktion der FDP kritisiert, der einen neuen Subventionsbestand schaffen würde. Die Forderung der Fraktion der FDP überrasche, da diese Partei ansonsten stets einen Subventionsabbau fordere.

Berlin, den 25. Juni 2003

Ernst Küchler
Berichterstatte

Werner Lensing
Berichterstatte

Grietje Bettin
Berichterstatte

Cornelia Pieper
Berichterstatte

